

„Das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Sprache im Ausland“

wurde 2013 von Johanna Hohaus im Rahmen einer Bachelorarbeit an der Universität Eichstätt-Ingolstadt untersucht. Die folgenden zwei Kapitel ihrer Arbeit, nämlich „Deutsche Vereine“ und „Die Unterstützung der deutschen Bundesregierung“ sind auch für die „Allianz der deutschsprachigen Vereinigungen und Institutionen São Paulos“ sehr interessant und für die künftige Arbeit der Allianz der Deutschsprachigen außerordentlich wichtig.

Damit die daran interessierten ehrenamtlichen Vorsitzenden der Vereinigungen und Institutionen sowie andere leitende Persönlichkeiten der Paulistaner Allianz trotz ihrer schon im Berufsamt knappen Zeit die wichtigsten Teile der vorliegenden Universitätsarbeit lesen können, mussten unerwartet Kürzungen im Text vorgenommen werden. KWL

Deutsche Vereine

Verlässt ein Mensch sein Heimatland, ist er in der fremden Umgebung zunächst auf sich selbst gestellt. Einwanderer gleicher Nationalität finden sich deshalb oft schnell in Organisationen aller Art zusammen. Zu Beginn der Einwanderung in Nordamerika bildeten sich vor allem religiöse Gemeinden und Schulverbände. Im Laufe der Zeit haben sich eine Vielzahl an Gruppen gegründet, die alle in irgendeinem Verhältnis zur deutschen Sprache und Kultur stehen.

Es kommt die Frage auf, wie die Zukunft solcher deutschen Vereine aussieht. Können sie die jungen Einwanderer für sich begeistern? Wird mit der Muttersprache, der deutschen Sprache, überhaupt noch ein Heimatgefühl verbunden?

Die Unterstützung der deutschen Bundesregierung

Jeder Einzelne darf und muss selbst entscheiden, wie er mit seiner Muttersprache umgeht. Dennoch ist auch der Staat verantwortlich für die

Sprache seiner Bürger. Für den Staat ist es nicht nur eine freundliche Geste gegenüber der Bevölkerung, sondern gleichzeitig eine Sympathiewerbung, die letztendlich auch nationalen Interessen und v.a. der Wirtschaft entgegenkommt. In diesem Kapitel soll deshalb genauer auf die Aktivität der Bundesrepublik Deutschland bezüglich der deutschen Sprache eingegangen werden. Innerhalb der Bundesregierung ist das Auswärtige Amt zuständig für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP).

Die Betreuung der deutschen Minderheiten im Ausland liegt schwerpunktmäßig beim Bundesministerium des Innern, die Sprach- und Medienförderung dagegen beim Auswärtigen Amt. Die AKBP ist allerdings nicht ausschließlich an Auslandsdeutsche gerichtet, sondern an alle an der deutschen Kultur interessierte Menschen. Für alle Initiativen, die Auslandsdeutsche betreffen, fungiert das Auswärtige Amt als Koordinationsstelle. Die regionalen Schwerpunkte der weltweiten Förderung des Deutschen bilden die EU-Mitgliedsstaaten (einschließlich Beitrittskandidaten), Nordamerika, Mittel- und Osteuropa und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Eine Förderung der deutschen Minderheiten bedeutet immer vor allem die Förderung der deutschen Sprache. Denn nur so kann die Identität der Minderheiten gestärkt werden und so auch die deutsche Kultur innerhalb der ausgewanderten Gruppen erhalten bleiben. Dabei richtet sich aber beispielsweise der Deutschunterricht nicht nur an die Minderheiten an sich, sondern auch an deren Umfeld, um das gegenseitige Verständnis zu erleichtern.

Für diese Bachelorarbeit soll der Fokus auf das Auslandsschulwesen gelegt werden. Grundlage für die Aktivitäten der Bundesregierung in diesem Bereich bildet der Rahmenplan für die Auswärtige Politik im Schulwesen von 1978. Damit wurde die schulische Versorgung deutscher Kinder im Ausland bzw. Kinder Deutschstämmiger nach deutschen Standards geregelt. 1986 wurde dieser Beschluss erneuert:

Die Bundesregierung wird ihre Bemühungen um freie kulturelle und sprachliche Entfaltungsmöglichkeiten deutscher Bevölkerungsgruppen in anderen Staaten fortsetzen. Unterricht in Deutsch als Muttersprache und deutschsprachige Medien im Ausland sollen deshalb verstärkt gefördert werden.

Weltweit gibt es heute 140 Deutsche Auslandsschulen (DAS) und 870 DSD-Schulen. Die DSD Schulen, bieten das Deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz an. Das Hauptaugenmerk liegt aber auf den Deutschen Auslandsschulen. Diese Schulen sind keine staatlichen Einrichtungen, sondern basieren auf einer öffentlich-privaten Partnerschaft. Sie werden von privaten Trägervereinen vor Ort, in eigener Verantwortung und nach Landesrecht geleitet und von der deutschen Bundesregierung sowohl finanziell als auch personell unterstützt. Deshalb ist die ehrenamtliche Tätigkeit der Vorstandsmitglieder und die aktive Beteiligung der Eltern von großer Bedeutung. Seit 2013 haben die Auslandsschulen einen gesetzlichen Anspruch auf Förderung (Auslandsschulgesetz 17/13618) und müssen nicht auf individuelle Zuwendungen des Bundes hoffen. Damit wird den Schulen eine höhere Planungssicherheit ermöglicht. Innerhalb Deutschlands ist eine gute Zusammenarbeit zwischen der Zentrale für Auslandsschulwesen (ZfA) und der Kultusministerkonferenz sehr wichtig, da das Auslandsschulwesen eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern ist.

Auch die Abschlüsse dieser Auslandsschulen sind den inländischen Abschlüssen gleichgestellt. Für eine bessere Koordination des Auslandsschulwesens gibt es den Bund-Länder-Ausschuss für schulische Arbeit im Ausland. Im Jahr 2000 wurde in diesem Gremium ein neuer Handlungsrahmen zur Zukunft der deutschen schulischen Arbeit im Ausland verabschiedet. Seitdem wurde der Begegnungscharakter der DAS/DSD und deren Eigenverantwortung stärker in den Fokus gerückt. Es werden ausdrücklich nicht nur deutsche bzw. deutschstämmige Kinder, sondern auch Kinder aus den jeweiligen Ländern an diesen Schulen unterrichtet. Das Ziel ist ein wachsendes Verständnis für andere Kulturen und Inklusion auf beiden Seiten. Die Exzellenzinitiative für innovatives Lernen an deutschen Auslandsschulen fördert außerdem die Einsatzmöglichkeit von neuen Medien im Unterricht und vernetzt die Schulen mit anderen relevanten Institutionen. Zunehmend verlangt die Regierung auch eine Beteiligung der Gastländer, da die Deutschen Auslandsschulen die lokalen Schulsysteme mit ihrer hohen Qualität bereichern und mit ihren Kapazitäten entlasten.